

Gesundheitsreform beendet Schwierigkeiten des Systems nicht

Der Gastkommentar Gesundung oder bloß längere Agonie?

DT vom 23.01.2007

von Professor Joachim Starbatty

Wenn wir wissen wollen, wohin uns die Gesundheitsreform bringen wird, müssen wir wissen, wo wir stehen. Wir haben in Deutschland im Prinzip ein zweigeteiltes Gesundheitssystem – ein privat organisiertes und ein gesetzlich geregeltes, wobei das Beihilfesystem für Beamte dem privaten Bereich zuzuordnen ist. Der Sanierungsbedarf tritt in der gesetzlichen Krankenversicherung auf. Dies ist von der Konstruktion her auch gar nicht anders zu erwarten. Rein systematisch betrachtet handelt es sich um ein Sachleistungssystem, das über kollektive Umverteilung finanziert wird. Ein solches System wird über kurz oder lang gegen die Wand gefahren, weil die davon betroffenen Bürger soviel wie möglich aus dem System herausholen wollen und weil bei schrumpfenden sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen die finanzielle Basis wegbricht. Auch treten Verschwendung und Finanzierungsnot zugleich auf. Bei einem Sachleistungssystem ist das Interesse an effizienter Mittelverwendung zu schwach ausgeprägt. Daher schreibt die Politik Budgets vor und verschärft die Kontrollen. Die verantwortlichen Ärzte erledigen immer mehr Papierkram und haben immer weniger Zeit für ihre Patienten. Klammheimlich steigt die Macht der Bürokraten, da sie über die Mittelverwendung entscheiden. Ärzte werden zu Erfüllungsgehilfen degradiert. Auch dies ist ein Grund für die zunehmende Abwanderung bestausgebildeter Mediziner ins Ausland. Solange die Politik an diesem System prinzipiell festhält, wird sie die damit verbundenen Defizite nicht beseitigen, sondern in die Zukunft verschieben.

Wenn dieser Zusammenhang klar geworden ist, lassen sich auch die zur Diskussion stehenden Alternativen im Hinblick auf ihre langfristige Überlebensfähigkeit überprüfen. Das sozialdemokratische Konzept der „Bürgerversicherung“ will die Zweiteilung des jetzigen Systems aufheben, indem sie möglichst alle Bürger an der Finanzierung des Systems der gesetzlichen Krankenversicherung beteiligen will. Die bei Verbreiterung der Bemessungsgrundlage erwarteten Überschüsse sollen die derzeitigen Finanzlöcher stopfen helfen. Der Vorsitzende des Sachverständigenrates zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bert Rürup, charakterisiert diesen Ansatz als den Versuch, „Zeit zu kaufen“. Doch werde sie nicht zur Lösung der Probleme genutzt; sie spiegele uns bloß eine trügerische Sicherheit vor.

Dagegen will das christdemokratische Konzept den Wettbewerbsgedanken stärken. Im Prinzip muss ein solcher Ansatz darauf abzielen, das gesetzliche System nach Maßgabe einer privatwirtschaftlichen Versicherung zu organisieren. Der einzelne Bürger hat ein Interesse, schonend mit den Leistungen umzugehen, wenn sich dies für ihn auszahlt. Auch der Wettbewerb der Versicherungen steigert die Effizienz. Bei spezifischen Gesundheitsrisiken und persönlichen finanziellen Notlagen ist entsprechend dem aus dem christlichen Mittelalter stammenden Subsidiaritätsprinzip die Gesellschaft gefordert. Die Gegner einer solchen Lösung weisen auf den hohen Finanzbedarf hin. Doch sind diese Kosten für Umverteilung schon vorher entstanden; sie blieben verborgen und schlugen sich in steigenden Beiträgen der Versicherten nieder. Der Vorteil der offenen Finanzierung liegt darin, dass das System ohne Störungen arbeiten kann und Kostenklarheit hergestellt wird – die unabdingbare Voraussetzung zur Eindämmung von Verschwendung.

Aus dieser Perspektive ist der vorgesehene Gesundheitsfonds der Versuch, die bestehende gesetzliche Krankenversicherung zu mehr Effizienz zu zwingen. Aus systematischer Sicht haben wir es mithin nicht mit einer Reform des notleidenden Systems zutun, sondern mit einer Reform innerhalb des Systems. Im Prinzip soll das Übel „Quersubventionierung“ der defizitären Kassen durch sparsam wirtschaftende beseitigt werden. Ob dies tatsächlich gelingt oder ob nicht bloß eine zusätzliche Inkasso-Organisation installiert wird, ist unter den Experten umstritten. Auch über die Verteilungswirkungen herrscht keine endgültige Klarheit, wie der Widerstand einiger Landesregierungen gezeigt hat. Niemand kann verlässlich voraussagen, welche Konsequenzen das Drehen an verschiedenen Schrauben in einem insgesamt fehlspezifizierten System hat. Was wir aber aus dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus wissen: „Reformen“ innerhalb eines fehlspezifizierten Systems sind keine verlässlichen Schritte in Richtung Gesundung, sondern die Verlängerung der Agonie.

Der Autor ist Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM).